



Hier das Bild von Sylvana Theissen von Rügen, welches zur BI Presse v. 17.01.08 gehört. Ich habe mit meinem alten Windows 98 PC mit Bildern viel Arbeit, das kostet Zeit, die ich nicht habe. Daher mal diese Bild von Sylvana generiert – Kinder an die Macht ;-).

<http://www.mvregio.de/show/85020.html>

Staatsekretär unterstützt Bürgerinitiativen

(?)

18.01.2008: Greifswald/MVregio Nach der Sitzung des Wirtschaftsausschuss des Landtages sagte Herr Waldmüller für die CDU-Fraktion ein Steinkohlekraftwerk lasse sich mit Tourismus vereinen und gab das Kraftwerk Rostock als Beispiel an.

Die Bürgerinitiative Greifswald widerspricht diesen Aussagen vehement. Patrick Leithold vom Vorstand führt dazu aus:

"Rostock ist mit einer elektrischen Leistung von ca. 550 MW am Netz und leistet zusätzlich Fernwärme von ungefähr 150 MW in der Region Rostock. In Lubmin hingegen sollen 1600 bis 2400 MW elektrische Leistung erbracht werden und sämtliche Abwärme wird dem Greifswalder Bodden zugeführt und nicht für Fernwärme genutzt. Rostock ist Ein-Drittel bis Ein-Fünftel von Lubmin, ein Vergleich ist damit absurd. Dieses Steinkohlekraftwerk mit all seinen Umweltauswirkungen ist der touristische Tod der gesamten Region".

Die Bürgerinitiative Greifswald verweist außerdem auf ein Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesumweltministerium Michael Müller. Darin wird dargestellt, dass reine Kondensationskraftwerke nicht zu vertreten sind, der Vergangenheit angehören und "unser Land hat eine gute Zukunft, wenn es zu einer 'ökologischen Revolution' kommt. Deshalb müssen wir die alte Versorgungswirtschaft überwinden, zu der auch die traditionellen Kohlekraftwerke gehören. Mecklenburg-Vorpommern kann und muss hier ein Vorreiter sein" schreibt Müller weiter. Die BI Greifswald fordert nun erneut alle politisch Verantwortlichen auf sich diesem Urteil des Staatssekretärs anzuschließen und das SKW in Lubmin zu verhindern.

MVregio Landesdienst mv/hgw

Herr Markhoff bestimmt ganz alleine, was im Umwelt-Ausschuss gesagt oder beschlossen wird, der Rest der Truppe ist anscheinend nur Makulatur und wird mundtot gemacht!

Man glaubt es nicht!! Er hatte vorher angekündigt, dass die OZ nicht käme, er aber ein telefonisches Interview vereinbart hätte. Und sagt dann aus dem Stegreif so etwas – nun, man kann einfach wohl nichts anderes erwarten, Fraktionszwang ?!

Wochenendausgabe, 19. Januar 2008 | Ostvorpommern

Umweltausschuss-Chef für Kraftwerk

Ostvorpommern Der Vorsitzende des ostvorpommerschen Umweltausschusses, Dieter Markhoff, hat die Pläne des dänischen Investors Dong Energy für ein Kohlekraftwerk in Lubmin befürwortet. „Die Arbeitsplätze im Kraftwerk und der Ausbau des Industriestandortes sind wichtig für die Region“, sagte der Kreistagsabgeordnete (CDU) gegenüber OZ. Sorgen, dass eine solche Anlage negative Folgen auf den Tourismus haben könne, hätten sich schon Anfang der 1990er-Jahre in Rostock-Warnemünde nicht bestätigt.

Markhoffs Aussage war eine Reaktion auf die Sitzung des Kreis-Umweltausschusses am Donnerstagabend. Dort hatten die Bürgerinitiativen ihre Bedenken gegen den Meiler (CO₂-Ausstoß, Boddenerwärmung) vorgetragen. Der gesamte Ausschuss will nun am 4. März eine Position zu dem Projekt beschließen, die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens aber nur politische Bedeutung hat. A.L.

Wochenendausgabe, 19. Januar 2008 | Titelseite Rügen

Aus drei armen Kreisen wird kein reicher

Kerstin Kassner (Die Linke) ist seit 2001 Landrätin auf Rügen. Im Gespräch mit OZ blickt sie auf ihre Amtszeit zurück und der Wahl im Juni 2008 entgegen.

OSTSEE-ZEITUNG: Frau Kassner, Sie werden oft als gute Insel-Mutter bezeichnet. Finden Sie sich damit passend beschrieben?

KERSTIN KASSNER: (lacht) Vielleicht ist das ein wenig übertrieben. Aber ja, irgendwie passt es. Ich rede viel mit den Menschen von der Insel. Die Leute rufen mich auch zu Hause an. Das finde ich gut. Ich kann nicht immer helfen. Aber manchen tut es einfach gut, mal über die Probleme zu reden. Mir ist es wichtig, für die Menschen da zu sein.

OZ: Welches Thema bewegt die Leute derzeit am meisten?

Kassner: Das Kohlekraftwerk, das in Lubmin gebaut werden soll. Die Menschen verstehen die Herangehensweise der Bundesregierung nicht. Einerseits werden die Leute mit Steuern belegt, zum Beispiel für Rußpartikel-Filter oder sogar Kamine. Aber selbst tut sie nichts, um Kohlendioxid einzusparen.

OZ: Und wie stehen Sie dazu?

Kassner: Ich bin bei der Rügener Bürgerinitiative gegen das Kraftwerk aktiv. Wir müssen uns gegen den Bau wehren. **OZ:** Derzeit werden 1000 Alleebäume auf Rügen gefällt. Ein Wahrzeichen der Insel verschwindet sozusagen . . .

Kassner: **Es tut uns allen weh, dass die Bäume sterben müssen. Mir selbst ja auch. Aber Sie können glauben, dass die Umweltbehörde sehr genau prüft und für jeden Baum kämpft. Wir haben leider keine andere Wahl, die Bäume sind krank. Ich kann nicht verantworten, dass die Bäume auf die Straße fallen und Schäden anrichten. Wichtig ist jetzt, dass unser Alleenkonzert fertig wird. Im März wird es im Kreistag behandelt.**

OZ: Einige Bürger befürchten, das Abholzen der Alleebäume ist der erste Schritt, um danach breitere Straßen bauen zu können.

Kassner: Die Straßen werden nicht breiter. Solche Pläne gibt es nicht.

OZ: Die Kreisgebietsreform begleitet als Thema ihre gesamte Amtszeit. Sie stehen dafür, dass Rügen als Landkreis selbstständig bleibt. Wie sehen Sie die Chancen?

Kassner: 2001 bin ich Landrätin geworden. Seit 2002 geht es um die Kreisgebietsreform. Bislang jedoch ohne konkrete Ergebnisse, obwohl wir viel Arbeit hineingesteckt haben. Das frustriert schon. Aber ich sehe weiterhin gute Chancen dafür, Rügen als eigenständigen Kreis zu erhalten. Das Verfassungsgericht hatte das Landesmodell mit den fünf Großkreisen schließlich niederschmetternd bewertet.

OZ: Wie wollen Sie vorgehen?

Kassner: Wir hatten 2003 gemeinsam mit den Gemeinden ein Modellvorhaben für den Inselkreis entwickelt. Unser Vorschlag wurde beim Innenministerium abgelehnt. Jetzt wollen wir ihn

überarbeiten und nochmals einbringen. Es ist ganz klar, dass etwas passieren muss und wir sparen müssen.

OZ: Thomas Gelshorn, der ja SPD-Kandidat für die Landratswahl werden soll, denkt schon über die Stellung Rügens in einem Großkreis nach . . .

Kassner: Niemand konnte mir bisher zeigen, dass ein Modell mit Großkreisen wirtschaftlich günstiger ist. Wenn sich drei arme Kreise zusammenschließen, wird doch keiner reich dabei. Mir fehlt der Glaube, dass dann alles gut wird. Das ist eine Milchmädchenrechnung. Außerdem wollen die Rügauer ihre Selbstständigkeit erhalten. Solange sie das wollen, werde ich mich auch dafür stark machen.

OZ: Kürzlich ist das Callcenter von D+S Europe in Lietzow mit 400 Arbeitsplätzen eröffnet worden. 500 sollen es mal werden. Wie werten sie das für Rügen?

Kassner: Positiv. Callcenter sind zwar eine umstrittene Branche. D+S halte ich aber für ein seriöses Unternehmen. 6,50 Euro Stundenlohn bei mindestens 30 Arbeitsstunden pro Woche ist auskömmlich. Klar könnte es immer mehr sein. Aber auch im Tourismus verdienen die Leute oft nicht mehr, sind dafür sogar nur sechs oder neun Monate im Jahr beschäftigt. So steigt der Druck auf die Tourismusbranche. Interview: K. DEGRASSI

Wochenendausgabe, 19. Januar 2008 | Anklam

Leserpost

Dürfen gute Luft nicht zerstören

Zur Debatte um das geplante Steinkohlekraftwerk in Lubmin:

Auch die Bürgerinitiative befürwortet ein Energiezentrum Lubmin, denn wir wissen, dass der Strom erst in die Steckdose muss, bevor wir ihn nutzen können. Auch neue Arbeitsplätze wollen wir schaffen. Es gibt aber andere Wege den Standort auszubauen und zukunftsfähig zu machen; und wir fordern, dass diese diskutiert werden. Auch sie bieten Arbeitsplätze, erfahrungsgemäß sogar mehr, die nicht nur morgen sondern auch übermorgen Bestand haben. Wir sind gegen Industriezweige wie Papier- und Reifenherstellung, wie von Dong anvisiert und gegen Kohlekraftwerke, weil sie Dreckschleudern sind, die anderswo nicht gebaut werden dürfen. Es kann nicht sein, dass wir unsere gute Stube des Tourismus durch solche Ansiedlungen zerstören. Unser Strand wird immer Touristen anziehen, aber Gäste, die wegen des guten Klimas auch vor und nach der Saison kommen, werden wegbleiben. Wenn wir unsere gute Luft zerstören, sind wir austauschbar und nicht mehr erkennbar. **Irene Raether, Karlshagen**

BÜRGERSCHAFT STRALSUND HAT SICH GEGEN DAS SKW AUSGESPROCHEN!!!!

Der Beschluss der Stralsundr Bürgerschaft vom 17.01.08:

Die Hansestadt Stralsund spricht sich gegen den Bau eines Steinkohlekraftwerkes in Lubmin aus, da zu befürchten ist, dass die Realisierung des Bauvorhabens negative Einflüsse auf die Hansestadt Stralsund und die gesamte umliegende Region hat.

Die Landesregierung wird aufgefordert alle erdenklichen Möglichkeiten auszuschöpfen um den Bau des geplanten Steinkohlekraftwerkes in Lubmin zu verhindern.

Der Präsident der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund wird aufgefordert, mit dem Präsidenten der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald, dem Präsidenten des Landkreises Ostvorpommern, dem Präsidenten des Landkreises Nordvorpommern und dem Präsidenten des Landkreises Rügen zu sprechen, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, den geplanten Bau des Steinkohlekraftwerkes in Lubmin zu verhindern.

Der Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund wird aufgefordert, mit dem Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der Landrätin des Landkreises Ostvorpommern, der Landrätin des Landkreises Rügen, dem Oberbürgermeister der Hansestadt Greifswald und dem Landrat des Landkreises Nordvorpommern zu sprechen, um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, den geplanten Bau des Steinkohlekraftwerkes in Lubmin zu verhindern.